

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2012

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	103. CMP- und 70. MPS-Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 6. Februar 2012 in Brüssel.....	4
4.	Drittlandbesuch des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 6. bis 10. Februar 2012 in Jakarta, Indonesien.....	6
5.	38. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 2. bis 4. Mai 2012 in Akureyri, Island	8
6.	104. CMP- und 71. MPS-Meeting, 46. EFTA-Ministertreffen und 13. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 28. bis 29. Juni 2012 in Gstaad....	10
7.	105. CMP- und 72. MPS-Meeting und 47. EFTA-Ministertreffen vom 12. November 2012 in Genf.....	12
8.	4. EWR/EFTA-Standing Committee Meeting auf Ministeriebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee vom 26. November 2012 in Brüssel	13
9.	2. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EFTA-Parlamentarierkomitee vom 26. November 2012 in Brüssel	14
10.	39. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 27. November 2012 in Brüssel	15
11.	Schlussfolgerungen und Dank.....	16

Anhang:

- Resolution: Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2011
- Resolution: The Review of the EEA
- Resolution: The White Paper on a Single European Transport Area
- Resolution: Resolution of the CMP on Free Movement of Workers
- Resolution: The Reform of EU Common Fisheries Policy
- Resolution: The EEA EFTA States' participation in EU agencies
- Resolution: EU programmes 2014-2020 and the participant of the EEA EFTA States
- Resolution: The future of the EU Energy policy and its implications for the EEA

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2012 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt üblicherweise viermal jährlich zusammen. Zusätzlich trifft es zweimal jährlich den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA Minister statt. Zusätzlich findet seit 2011 ein jährliches Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt (Liechtenstein hat vorerst beschlossen, sich nicht an diesem Forum zu beteiligen). Norwegen ist in diesem Komitee mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaus-

tausch an den Sitzungen teil. Der Ausschuss tritt durchschnittlich zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzte sich 2012 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Harry Quaderer, Delegationsleiter
- Abg. Albert Frick, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Helmuth Büchel, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Marion Kindle-Kühnis, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. 103. CMP- und 70. MPS-Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 6. Februar 2012 in Brüssel

Delegationen

Am 6. Februar 2012 fand in Brüssel das erste Treffen im Jahr 2012 der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees statt. Liechtenstein wurde durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter, den Landtagsabgeordneten Albert Frick sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Schweiz, Island und Norwegen teil.

103. CMP- und 70. MPS-Meeting vom 6. Februar 2012 in Brüssel

Zusammenarbeit mit den EU-Agenturen in den Bereichen Freiheit, Justiz und Sicherheit

Als erster Redner sprach Herr Torgrim Moseby, Berater bei der norwegischen Mission der EU in Brüssel. Er informierte das Komitee über die Zusammenarbeit der EU-Agenturen Frontex, Eurojust und Europol. Frontex koordiniere die operative Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten im Bereich der Grenzkontrollen. Er unterstrich, dass die EFTA-Staaten durch das Schengen-Abkommen mit je einem Mitglied im Vorstand mit eingeschränktem Stimmrecht an Frontex beteiligt seien. Eurojust koordiniere die justizielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, um schwere Verbrechen zu bekämpfen. Die Beteiligung der EFTA-Staaten an Eurojust wird mit gesonderten Vereinbarungen geregelt. Europol hat keine Exekutivgewalt. Es unterstütze die Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung der Kriminalität durch Kooperation und Zusammenarbeit mit den nationalen Strafverfolgungsbehörden in Europa und darüber hinaus. Die Beteiligung von Drittstaaten wird durch separate Vereinbarungen geregelt.

Jüngste Entwicklungen in der Europäischen Wirtschaftsregierung

Zu diesem Thema sprach Dr. Richard Corbett, Mitglied des Kabinetts von Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rats. Er betonte in seinen Ausführungen, dass im Kontext der Krise, mit dem heftigsten Wirtschaftsabschwung seit 1930, Europa Protektionismus und Abwertung der Währung vermieden habe. Tatsächlich konnte der Euro stabil gehalten werden. Die Probleme ergaben sich vor allem aufgrund der hohen Verschuldung, welche Rettungsaktionen für Banken sowie andere Massnahmen zur Folge hatten. Für die EU gab es nur wenige Möglichkeiten zur Intervention ausser der Koordination nationaler Massnahmen. Weiter wies er auf die Langsamkeit des demokratischen Prozesses im Gegensatz zu den schnellen Reaktionen des Markts hin. Trotzdem war der demokratische Prozess notwendig, um die Kurzeiteffekte zu reduzieren sowie um sicherzustellen, dass solche Vorkommnisse nicht wieder geschehen.

Der norwegische Bericht zur Überprüfung des EWR

Dr. Ulf Svendrup, Direktor des norwegischen Instituts der Internationalen Angelegenheiten, präsentierte die zentralen Resultate des Berichts. Ziel des Berichts war die Grundlage für eine Diskussion über die künftige Zusammenarbeit Norwegens mit der EU zu schaffen. Gemäss dem Bericht resultieren für Norwegen mehr Vor- als Nachteile aus der Zusammenarbeit mit der EU. Mittlerweile wurden 75% der EU-Richtlinien übernommen und mehr als 6'000 europäische Gesetze in nationales Recht umgesetzt. Seit dem EWR-Beitritt wuchs die norwegische Wirtschaft und die Beschäftigungsquote stieg an.

Reflexionen zum norwegischen EWR-Bericht und die Beziehungen zu den EFTA-Staaten

Herr Gianluca Grippa vom European External Action Service lobte das Überprüfungs-komitee für ihre Arbeit und betonte den Wert der Daten, Zahlen und Fakten, welche im Bericht dargelegt werden und als Grundlage für weitere Diskussionen dienen. Er führte aus, dass Norwegen eine grosse Präsenz innerhalb der EU habe, dies vor allem durch die Mitarbeit in Expertengruppen. Zweck des EWR sei es, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die 27 Mitgliedstaaten der EU und die drei EWR/EFTA-Staaten innerhalb des Binnenmarkts zu gewährleisten. Demzufolge sei es wichtig, dass Rechtsvorschriften zur gleichen Zeit in allen EWR-Staaten umgesetzt werden. In dieser Hinsicht gebe es Verbesserungspotential, da die Umsetzung in bestimmten Fällen zu lange dauere. Abschliessend hielt Herr Grippa fest, dass mit der Einführung des Lissabonner-Vertrags und den damit zusammenhängenden Veränderungen in der EU der Zeitpunkt für eine Überprüfung des EWR-Abkommens und die Anpassung an die neuen Begebenheiten ideal gewesen sei.

CMP/MPS Themen

Abschliessend fand wie üblich eine Diskussion über die Entwicklungen in den nationalen Parlamenten statt. Der isländische Delegierte informierte über den Stand der Verhandlungen mit der EU über einen allfälligen Beitritt Islands. Weiter informierte er über den sehr hohen Stand der Arbeitslosigkeit von 7%. Die Schweizer Delegati-

onsleiterin stellte die neu gewählten Kommissionsmitglieder vor. Weiter machte sie Ausführungen zu den bevorstehenden Diskussionen der Schweiz mit der EU bezüglich Steuerangelegenheiten. Der norwegische Delegationsleiter informierte über die Verfassungsänderung bezüglich der Trennung von Staat und Kirche. Weiter berichtete er, dass das norwegische Parlament bald die erste weibliche Generalsekretärin nominieren werde. Der Abgeordnete Harry Quaderer berichtete über Sparmassnahmen, welche auch in Liechtenstein notwendig sind, sowie über die kürzlich erstmalig vergebene Kasinolizenz.

4. Drittlandbesuch des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 6. bis 10. Februar 2012 in Jakarta, Indonesien

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Besuch durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer (Delegationsleiter), den Landtagsabgeordneten Albert Frick sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben den liechtensteinischen Parlamentariern nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EWR/EFTA Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso war der Vize-Vorsitzende des EFTA-Beratungsausschusses als Beobachter anwesend.

Besuch und Meetings

Hauptzweck des Besuchs war die Diskussion mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensvertretern über die Vorzüge der verstärkten Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Indonesien zur Unterstützung der laufenden Verhandlungen zwischen der EFTA und Indonesien für ein umfassendes Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (Comprehensive Economic Partnership Agreement - CEPA).

Alle Sitzungen fanden in einer positiven Atmosphäre statt, wobei beide Seiten die Vorzüge eines möglichen CEPA unterstrichen. Die indonesische Seite sprach einige ihrer wichtige Punkte an, z.B. die Integrierung und Einbindung der Kapazitätsbildung im Abkommen. Dies würde sowohl die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerstaaten sowie auch die Zweifel unter den Interessensvertretern in Indonesien an einem Partnerschaftsabkommen ausgleichen. Ausserdem wurde in allen Sitzungen die Notwendigkeit zum engen Dialog mit allen Interessenvertretern, um die Skepsis zu reduzieren und Gegenmassnahmen zu verhindern, wiederholt. Die Notwendigkeit an Investitionen in die Infrastruktur wurde unterstrichen, und ein CEPA könnte diese Entwicklungen stützen und Joint Ventures mit europäischen Firmen erleichtern. Die CMP-Delegation hob die getätigten Investitionen der EFTA-Staaten in Indonesien, unter anderem eine kürzliche Investition in der Zementindustrie, hervor.

Im Allgemeinen begrüsst die indonesische Seite das Kapitel der nachhaltigen Entwicklung des Abkommens und sieht es als positiven Beitrag, diesen Punkt in der nationalen Agenda weiterzuverfolgen. Es wurde wiederholt, dass nachhaltige Entwicklung jedoch im Sinne der wirtschaftlichen Partnerschaft sein sollte. Ein Aspekt, wel-

cher an der Sitzung mit dem Repräsentantenhaus zur Sprache kam und als mögliches Hindernis für eine Ratifikation eines potentiellen Abkommens gesehen werden sollte, ist ein eventuelles Erschwernis der indonesischen Palm-Öl Produktexporte durch das Abkommen.

Schwerpunkte der Gespräche

Die Delegation erachtete es als äusserst wichtig, bei den Treffen mit den indonesischen Gesprächspartnern einige Punkte speziell hervorzuheben:

- Die komplementären Wirtschaftssysteme der EFTA und Indonesien und das enorme Potenzial, Geschäftsmöglichkeiten für beidseitigen Nutzen zu steigern.
- Ein CEPA würde eine erhöhte Rechtssicherheit sowie Berechenbarkeit für das Tätigen von Geschäften im Markt des Partners mitbringen, welches einen Effekt auf die Investitionsentscheidungen haben würde.
- Durch ein CEPA würden indonesische Exporte in zunehmendem Masse als Eingänge für EFTA Produktionen, mit bevorzugtem Zugang zu einem grösseren Markt, einschliesslich des europäischen Binnenmarkts, genutzt.
- Die EFTA ist ein pragmatischer, flexibler und zuverlässiger Partner. Durch ein CEPA mit der EFTA würde Indonesien einen besseren Zugang zu vier der höchstentwickelten Wirtschaftssysteme der Welt sowie zu einkommensstarken Absatzmärkten für Konsumgüter erhalten.

Weiter unterstrich die Delegation die Bereitschaft der EFTA, ein breiter basierendes Handelsabkommen einschliesslich Kapazitätsaufbau zu verhandeln. Dabei hob sie die vorhandene bilaterale Zusammenarbeit zwischen Indonesien und den EFTA-Staaten hervor; das Potenzial für weiteren Wissenstransfer im Bereich der erneuerbaren Energien, speziell in der geothermischen Energie; die bestehende Präsenz in Indonesien von Firmen aus den EFTA-Staaten sowie ihre Investitionen auf dem indonesischen Markt und das gezeigte Interesse zu weiteren Marktstudien; und die Möglichkeit der Verschiebung von Auftragsvergaben von China nach Indonesien im Falle eines CEPA.

Schlussfolgerung

Die Schlüsselbotschaften wurden von der indonesischen Seite gut aufgenommen. Besonders unterstrichen wurde die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens sowie die erreichte Währungs- und Steuerstabilität. Die schnell wachsende junge, konsumgesteuerten Bevölkerung dient als ideale Voraussetzung für Investitionen. Der Besuch des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee trug positiv zum politischen Support der laufenden Verhandlungen bei und kann als erfolgreich bezeichnet werden.

5. 38. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 2. bis 4. Mai 2012 in Akureyri, Island

Delegation und Teilnehmer

Am 3. und 4. Mai 2012 fand in Akureyri ein Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees statt. Liechtenstein wurde durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter, den Landtagsabgeordneten Albert Frick sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Parlamentarier der Schweiz waren als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten Abgeordnete aus Irland, Bulgarien, Schweden, der Tschechischen Republik und Polen begrüsst werden.

38. JPC Meeting vom 2. bis 4. Mai in Akureyri

Die 38. Sitzung des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees tagte unter dem Vorsitz von Pat the Cope Gallagher sowie unter dem Vize-Vorsitzenden Harry Quaderer. Es wurden drei Resolutionen diskutiert, welche alle einstimmig verabschiedet wurden.

Als erste Resolution wurde der «Jahresbericht 2011 über das Funktionieren des EWR» behandelt. Als Berichterstatter amtierten der Abgeordnete Harry Quaderer sowie die Europaparlamentsabgeordnete Zuzana Brzobohata. Anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des EWR-Abkommens stellte das Komitee in seinem Beschluss fest, dass das EWR-Abkommen nach wie vor gut funktioniert und EU-Rechtsakten angemessen in das Abkommen integriert werden. Das Komitee begrüsst das tiefste je erzielte Umsetzungsdefizit von 0.5% auf Seiten der EWR/EFTA-Staaten. Weiter begrüsst das Komitee die Arbeit des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Reduktion der Zeitspanne des Inkrafttretens von Rechtsakten auf beiden Seiten. Das Komitee ersuchte den Gemeinsamen EWR-Ausschuss, die Modalitäten für die Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten an EU-Agenturen und Behörden zu klären.

Es folgte die Resolution zum Thema «Die Überprüfung des EWR», welche bereits als Arbeitspapier letztes Jahr im April diskutiert wurde. Nachdem die EWR-Staaten ihre Beziehungen zum EWR bereits überprüft hatten, unterzog auch die EU das Abkommen einer Überprüfung. Das Komitee betonte, dass jede Überprüfung des Abkommens die demokratischen Anliegen des Abkommens durch die Stärkung der parlamentarischen Dimension innerhalb des EWR beinhalten sollte. Weiter fordert das Komitee den EWR-Rat auf, die Möglichkeiten für einen verstärkten und ganzheitlichen Ansatz für eine bessere Berechenbarkeit neuer EWR relevanter Legislativvorschläge zu überdenken. Weiter unterstrich das Komitee die Wichtigkeit der Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Agenturen und Einrichtungen im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt, welche zum erfolgreichen Funktionieren des EWR beitragen.

Weiter fordert das Komitee die COSAC (Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union) auf, ihre Position zu überdenken und den EWR/EFTA-Staaten einen permanenten Beobachterstatuts im Hinblick auf ihre volle Teilnahme am EU Binnenmarkt zu gewähren. Das Komitee unterstreicht die Wichtigkeit der Stärkung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EWR/EFTA-Staaten mit regelmässigen Einladungen zur Teilnahme an entsprechenden Ausschusssitzungen und Anhörungen des Europäischen Parlaments bei EWR relevanten Angelegenheiten.

Die Resolution hebt auch die Bedeutung der Stärkung der Kenntnisse und Kompetenzen über das EWR-Abkommen in der EU hervor. Abschliessend nahm das Komitee Kenntnis von den laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen Island und der EU und den daraus entstehenden Konsequenzen für den gesamten EWR-Raum. Weiter erwartet das Komitee weitere Details des EU-Rats über die Möglichkeit einer Aufnahme von Andorra, Monaco und San Marino oder andere Drittstaaten in das EWR-Abkommen.

Als letzte Resolution wurde das «Diskussionspapier für einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum» behandelt. Das Komitee begrüsst das Ziel und die Strategie, welche im Diskussionspapier der EU-Kommission dargelegt sind. Weiter unterstützt sie das Ziel der EU, einen einheitlichen Verkehrsraum durch das Beseitigen von Barrieren mit Betonung auf die Sicherheit im Verkehrssektor zu erreichen. Das Komitee betont die Notwendigkeit einer differenzierten Verkehrspolitik in Peripherien und dünn besiedelten Gebieten. Weiter fordert das Komitee, auf die spezifischen Bedürfnisse einiger EWR/EFTA-Staaten einzugehen und fordert eine substantielle und kontinuierliche Beratung der EU-Institutionen und den EWR/EFTA-Staaten.

Das Komitee erachtet es als dringend notwendig, die europäische Verkehrsforschung und Innovationspolitik zu stärken. Es fordert die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an EU-Forschungsprojekten im Zusammenhang mit saubererem und effizienterem Verkehr und unterstützt die Strategie für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien, um ein moderneres, effizienteres und benutzerfreundlicheres Transportsystem zu schaffen. Das Komitee betont die Herausforderung der Vorstellung von Strategien, für die EU und die nationalen Entscheidungsträger, welche einen klaren Fahrplan für den Übergang zu alternativen Energiequellen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Verkehrssektor darlegen.

Im Anschluss an die Behandlung der Resolutionen folgten Fachreferate und ein Meinungsaustausch unter den Teilnehmenden. Es sprachen Soren Haslund, amtierender Präsident des EWR-Rats, Gianluca Grippa, Präsident des gemeinsamen EWR-Komitees, Nikulas Hannigan, amtierender Präsident des Gemeinsamen EWR-Komitees und amtierender Präsident des EWR-Rats und abschliessend Oda H. Sletnes, Präsidentin der EFTA-Überwachungsbehörde.

6. 104. CMP- und 71. MPS-Meeting, 46. EFTA-Ministertreffen und 13. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 28. bis 29. Juni 2012 in Gstaad

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter und Albert Frick sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Parlamentariern nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister und die Vertreter der Sozialpartner der EFTA-Staaten anwesend.

103. CMP- und 70. MPS-Meeting vom 28. Juni in Gstaad

Unter dem Vorsitz von Nationalrätin Kathy Riklin tagten die CMP- und MPS-Delegationen in Gstaad. Als erster Traktandenpunkt wurde der Bericht «Freier Personenverkehr und Schengen» behandelt. Als Berichterstatterin fungierte die Schweizer Ständerätin Karin Keller-Sutter. Der erste Teil des Berichts behandelt den Umfang, die Entwicklung und die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit auf die EFTA-Staaten. Der zweite Teil des Berichts behandelt das Thema Schengen. In der Diskussion zeigte der Abgeordnete Harry Quaderer die Besonderheiten und Auswirkungen der Zollunion Liechtenstein/Schweiz sowie die Auswirkungen des EWR-Beitritts Liechtensteins auf den Arbeitsmarkt auf. Nach den Diskussionen beschloss der Ausschuss, die zwei Themen «Freier Personenverkehr» und «Schengen» weiter zu behandeln. Es wurde ein Resolutionsentwurf zum Thema «Schengen Governance» verabschiedet. Der Bericht über den «Freien Personenverkehr» soll mit den aufgeworfenen Anmerkungen vervollständigt und mit einer Resolution bis zur nächsten Sitzung ausgearbeitet werden.

Es folgte eine Diskussion zum Bericht «EFTA's Freihandelsstrategie», welcher u.a. die gesammelten Erfahrungen mit bestehenden Freihandelsabkommen aufzeigt. Anschliessend informierten Katrin Sverrisdottir und Gunnar Selvik vom EFTA Sekretariat über die neusten Entwicklungen einer Teilnahme der EFTA-Staaten an den EU-Agenturen. Es folgte die übliche Diskussion über die Entwicklungen in den nationalen Parlamenten. Dabei informierte der Abgeordnete Harry Quaderer über die bevorstehende Abstimmung zur Volksinitiative «Ja - damit Deine Stimme zählt».

46. EFTA-Ministertreffen vom 28. Juni in Gstaad

Der Vorsitzende des diesjährigen Sommerministertreffens, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, informierte über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Der Prozess mit Malaysia habe begonnen und man hoffe, die Verhandlungen können bald starten. Es seien Überlegungen im Gange die Machbarkeit von Freihandelsverhandlungen mit den Philippinen zu prüfen. Eine weitere Runde von Verhandlungen sei mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Honduras und Panama im Juni abgeschlossen worden. Die Teilnahme an den Ver-

handlungen von Guatemala und El Salvador werde später erwartet. Ein Abschluss der Verhandlungen mit Bosnien und Herzegowina wird in den nächsten Monaten erwartet. Der Vorsitzende führt weiter aus, dass am heutigen Morgen eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit mit Georgien unterzeichnet wurde. Hinsichtlich Wirtschafts- und Handelsbeziehungen haben sich in den letzten Jahren vielversprechende Anzeichen in Subsahara-Afrika gezeigt. Somit wurden im vergangenen Jahr mehrere Erkundungsschritte zur Untersuchung des Potentials für engere Handelsbeziehungen, insbesondere mit Angola, Ghana, Kenia und Nigeria, unternommen. Die Minister vereinbarten, mit diesen Staaten weitere Möglichkeiten zu prüfen.

Weitere Ausführungen machte der Vorsitzende über die Erweiterung und Entwicklung von bestehenden Verträgen, insbesondere mit Kanada. Es stelle sich die Frage, ob Themen der «Zweiten Generation» wie Dienstleistungen, Investitionen und geistiges Eigentum in die Vereinbarungen inkludiert werden sollen. Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung seien konsequent bei neuen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen eingebracht worden. Der Vorsitzende unterstrich die aktive Rolle der EFTA, in der sich stetig entwickelnden globalen Handels-Agenda, die ihr weitere Möglichkeiten zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen biete. Obwohl es schwierige Verhandlungen gebe, würden die EFTA-Charakteristiken wie Pragmatismus und Geduld weiterhin gute Dienste leisten. Abschliessend dankte der Bundesrat dem Parlamentarierkomitee für seinen Beitrag zur Arbeit der EFTA.

Seit Januar 2011 haben fünf Verhandlungsrunden mit RuBeKa stattgefunden. Kasachstan verfolge seinen Beitritt zur WTO weiter, was für Belarus leider nicht der Fall ist. Ein Freihandelsabkommen könne in einer Zollunion nur für alle Beteiligten in Kraft treten. Die politische Situation und die Menschenrechte werden in Belarus von der EFTA genau verfolgt. In einem weiteren Schritt hätten die Regierungen der EFTA-Staaten zusammen mit der EU Sanktionen gegen die belarussischen Behörden abgestimmt. Seitens der EFTA werde es keine Verhandlungsrunden in Belarus geben.

Mit Indonesien haben inzwischen vier Verhandlungsrunden stattgefunden und eine weitere folgt in der kommenden Woche. Das Thema «Palmöl» ist noch nicht diskutiert worden. Die Verhandlungen mit Indien sollten bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Als weiteren Traktandenpunkt machte der isländische Minister Össur Skarphéðinsson Ausführungen zur Zusammenarbeit mit der EU. Er hob hervor, dass das EWR-Abkommen ein Erfolg war, und es den drei teilnehmenden Staaten eine effiziente Plattform zur Teilnahme am Binnenmarkt sowie an Programmen und Agenturen der EU biete. Gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise benötige die Sicherstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen ständige Sorgfalt und Aufmerksamkeit. Weiter führte er aus, dass der vom Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitee eingereichte Vorschlag für einen permanenten Beobachterstatus des Komitees an der COSAC, an der Sitzung vom EWR-Rat im Mai, besondere Unterstützung seitens EWR/EFTA erhalten habe.

13. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee vom 28. Juni in Gstaad

Am diesjährigen Meeting hielt Bernhard Weber vom SECO einen Fachvortrag über die 10-jährige Erfahrung der Schweiz mit dem freien Personenverkehr und seine Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Die Immigration in die Schweiz hängt sehr stark von der wirtschaftlichen Situation in der Schweiz ab. Die Lohnstrukturen in der Schweiz sind über die Zeit relativ stabil geblieben. Vor allem die flankierenden Massnahmen halfen mit, eine Senkung der Löhne zu verhindern. Mittlerweile ist aber auch in der Schweiz eine Abschwächung der Wirtschaft spürbar und die wirtschaftliche Situation zeige sich eher anfällig.

7. 105. CMP- und 72. MPS-Meeting und 47. EFTA-Ministertreffen vom 12. November 2012 in Genf

Delegationen

Am 12. November 2012 fand in Genf ein weiteres Treffen der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees statt. Liechtenstein wurde durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter, den Landtagsabgeordneten Albert Frick sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Schweiz, Island und Norwegen teil.

105. CMP- und 72. MPS-Meeting vom 12. November Genf

Der bereits in Gstaad diskutierte Bericht zum Thema «Freier Personenverkehr» wurde an der heutigen Sitzung ein weiteres Mal behandelt. Als Berichterstatter fungierte Nationalrat Ignazio Cassis. Der entsprechende Beschlussentwurf wurde nach längerer Diskussion mit einer Enthaltung angenommen.

Es folgte ein Briefing von Ivo Kaufmann (EFTA-Generalsekretär-Stv.) über die Entwicklungen bei den Freihandelsverhandlungen zwischen der EFTA und den Zentral-amerikanischen Staaten.

CMP/MPS Themen

Anschliessend fand wie üblich eine Diskussion über die Entwicklungen in den nationalen Parlamenten statt. Der isländische Delegierte informierte und bedauerte, dass bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU das Fischereikapitel noch nicht geöffnet wurde. Zudem würden die Verhandlungen durch die am 27. April 2013 stattfindenden Neuwahlen verzögert. Der Schweizer Delegationsleiter informierte über den erfolgreichen Besuch des UNO Generalsekretärs Ban Ki-moon in Bern anlässlich der zehnjährigen Mitgliedschaft der Schweiz bei der UNO. Der Abgeordnete Harry Quaderer informiert das Parlamentarierkomitee u.a. über das zu erwartende Defizit in der Staatskasse, die bevorstehenden Landtagswahlen im Februar 2013 sowie die Trennung von Staat und Kirche.

Abschliessend fanden die Wahlen der neuen Vorsitzenden für das Jahr 2013 statt. Der Vorsitz des CMP/MPS Komitees übernimmt 2013 der Delegationsleiter der isländischen Delegation. Als Vizevorsitzenden wurde der norwegische Delegationsleiter bestellt.

47. EFTA-Ministertreffen vom 12. November in Genf

Der Vorsitzende des Ministerrats, Össur Skarphéðinsson (isländischer Aussenminister), informierte das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Bis dato hat die EFTA Freihandelsabkommen mit 24 Partnern aus 33 Ländern abgeschlossen.

Er unterstrich, dass seit dem letzten Treffen im Juni das Abkommen mit Hongkong und Island, Liechtenstein und der Schweiz am 1. Oktober 2012 und mit Norwegen am 1. November 2012 in Kraft getreten ist. Das Freihandelsabkommen mit Montenegro ist am 1. September 2012 für Liechtenstein und die Schweiz in Kraft getreten. Für Island ist es am 1. Oktober 2012 in Kraft getreten und das Inkrafttreten mit Norwegen war am 1. November 2012. Nur ein unterzeichnetes Abkommen ist bis dato noch nicht in Kraft getreten (Golf-Kooperation-Rat). Das Freihandelsabkommen mit Kolumbien ist noch nicht mit Island und Norwegen ratifiziert. Zusätzlich sind vier gemeinsame Erklärungen über die Zusammenarbeit mit sieben Ländern in Kraft.

Die EFTA befindet sich derzeit in Verhandlungen mit Bosnien und Herzegowina, vier zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, Guatemala, Honduras und Panama), Indien, Indonesien, der Zollunion von Russland, Weissrussland und Kasachstan und Vietnam. Die Verhandlungen mit Thailand sind seit 2006 auf Eis.

Im Anschluss an die Sitzung fand die Unterzeichnung der gemeinsamen Zusammenarbeitserklärung mit Pakistan statt.

8. 4. EWR/EFTA-Standing Committee Meeting auf Ministerebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee vom 26. November 2012 in Brüssel

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter und Albert Frick sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Parlamentariern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Schweiz war als Beobachter anwesend. Die Minister waren durch den isländische Aussenminister Össur Skarphéðinsson und den norwegische Aussenminister Espen Barth Eide vertreten. Liechtenstein wurde durch Kurt Jäger, Botschafter der Ständigen Mission bei der EU, vertreten. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten.

Meeting vom 26. November 2012 in Brüssel

Zum vierten Mal fand eine gemeinsame Sitzung zwischen dem EWR/EFTA-Standing Committee auf Ministerebene, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee im EFTA-Sekretariat in Brüssel statt.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Konsultativausschusses, Halldór Grönvold, sowie vom Vorsitzenden des Parlamentarierkomitees, Harry Quaderer, geleitet. Das Haupttraktandum der Sitzung war die Information seitens der Minister über das Ergebnis des EWR-Ratstreffen sowie über die aktuellen Kernpunkte der EWR-Agenda. Als Präsident des EWR-Rats machte Espen Barth Eide Ausführungen zu den an den Sitzungen geführten Diskussionen zum Funktionieren des EWR-Abkommens und über den politischen Dialog. Die Mitglieder der beiden Ausschüsse stellten zahlreichen Fragen an die Minister. Hauptsächlich zum Thema der neuen europäischen Aufsichtsbehörde für Finanzmärkte, die EWR/EFTA-Beteiligung an den neuen EU-Programmen 2014 – 2020, die soziale Dimension der Binnenmarktakte II und den Friedensprozess im Nahen Osten.

9. 2. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EFTA-Parlamentarierkomitee vom 26. November 2012 in Brüssel

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter und Albert Frick sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Parlamentariern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Schweiz war mit einer kleinen Delegation als Beobachter anwesend. Das EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden wurde mit sechs Delegierten aus Island und fünf Delegierten aus Norwegen vertreten. Liechtenstein hat beschlossen, sich vorerst nicht an diesem Forum zu beteiligen.

Meeting vom 26. November in Brüssel

Im Fokus dieser einmal jährlich stattfindenden Treffen steht der gegenseitige Informationsaustausch. Den Vorsitz inne hatten der Abgeordnete Harry Quaderer und Halldór Halldórsson. Die Vorsitzenden informierten über die Themen, welche in den jeweiligen Komitees aktuell behandelt werden. Das Forum für Lokale und Regionale Behörden informierte über ihre drei verabschiedeten Beschlüsse zu den Themen «Arbeitsmigration im EWR und ihren Einfluss in die lokalen und regionalen Ebenen», «Teilnahme auf lokaler und regionaler Ebene der EWR/EFTA Staaten an den Programmen der neuen Generation der EU» sowie über die «Datenschutzreform». Anschliessend stellte der Abgeordnete Harry Quaderer den Beschluss des EFTA-Parlamentarierkomitees zum Thema «Freier Personenverkehr» vor. Als weiteren Traktandenpunkt stellte die norwegische Abgeordnete Irene Johansen den Be-

schlussentwurf des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees zum Thema «EU-Programme» vor.

10. 39. JPC (Joint Parliamentary Committee) Meeting des EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees vom 27. November 2012 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Am 39. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren der Landtagsabgeordnete Albert Frick und die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Der Abgeordnete Harry Quaderer musste seine Teilnahme kurzfristig absagen. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Parlamentarier der Schweiz waren als Beobachter anwesend. Seitens des EU-Parlaments konnten Abgeordnete aus Irland, Bulgarien, Schweden, Grossbritannien, Deutschland und Österreich begrüsst werden.

39. JPC Meeting vom 27. November in Brüssel

Unter dem Vorsitz von Pat the Cope Gallagher sowie unter dem Vize-Vorsitzenden Skúli Helgason tagte das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee zum 39. Mal in Brüssel. Neben der Information zum EWR-Abkommen seitens EU wurden vier Berichte und entsprechende Resolutionen verabschiedet.

Zu Beginn der Sitzung referierten verschiedene Vertreter der EU über die neuesten Entwicklungen zum EWR-Abkommen. Es sprachen Atle Leikvoll, amtierender Präsident des Gemeinsamen EWR-Komitees und Vertreter des Präsidenten des EWR-Rats, Maria Botsari, Vertreterin des EU-Präsidenten des EWR-Rats, Gianluca Grippa, EU-Präsident des Gemeinsamen EWR-Komitees und abschliessend Oda H. Sletnes, Präsidentin der EFTA-Überwachungsbehörde.

Anschliessend wurden die Berichte von den jeweiligen Berichterstattern kurz vorgestellt und die Resolutionen behandelt. Als erster Punkt wurde die Resolution «EU-Programme 2014-2020 und die Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten» behandelt. Es folgte eine Resolution zum Thema «Die Beteiligung der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Agenturen». Weiter wurde die Resolution «Die Reform der EU zur gemeinsamen Fischereipolitik» behandelt. Abschliessend wurde die Resolution «Die Zukunft der EU-Energiepolitik und seine Auswirkungen auf den EWR» diskutiert.

Im Anschluss an die Behandlung der Resolutionen folgte die Wahl der Vorsitzenden für das Jahr 2013. Als Vorsitzender wurde der Delegationsleiter der isländischen Delegation gewählt und zum Vize-Vorsitzenden der Delegationsleiter der EU-Delegation. Somit ging für Delegationsleiter Harry Quaderer sein Jahr als Vize-Vorsitzender zu Ende.

11. Schussfolgerungen und Dank

20 Jahre EWR - eine Erfolgsgeschichte? Am 13. Dezember 1992 stimmten 55.9 % der liechtensteinischen Bevölkerung für einen Beitritt des Landes zum EWR. Brisant war natürlich die Tatsache, dass eine Woche zuvor die Schweiz den EWR-Beitritt mit 50.3% abgelehnt hatte. Wohl kaum gab es je eine Abstimmung, welche im Vorfeld aber auch jetzt - 20 Jahre später - so viele Emotionen in Liechtenstein auslöste. Fakt bleibt jedoch, dass sich das Land Liechtenstein als integrierter Partner im europäischen Wirtschaftsraum positionieren konnte.

Am 2. Mai 1992 hat Regierungschef Hans Brunhart den EWR-Vertrag unterzeichnet. Am 3. Mai 2012 fand in Liechtenstein auf Einladung der Regierung ein Rückblick auf diese 20-jährige Erfolgsgeschichte statt. Nicht weniger als 17 Entscheidungsträger wurden geladen und sehr interessante Vorträge wurden gehalten. Genau während diesen Festlichkeiten befand sich die liechtensteinische EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation bei der 38. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees in Akureyri, Island. Als erste Resolution wurde der Jahresbericht über das Funktionieren des EWR behandelt. Anlässlich des 20. Jahrtags der Unterzeichnung des Abkommens stellte das Komitee in einem Beschluss fest, dass das EWR-Abkommen nach wie vor sehr gut funktioniert. Eine ganz wichtige Resolution «Die Überprüfung des EWR», welche bereits ein Jahr zuvor in einem Arbeitspapier vorgelegt wurde, führte zu einer sehr lebhaften Diskussion. Ein ganz wichtiger Aspekt dieser Überprüfung war, dass sich die EU bewusst sein muss, dass die sich die demokratischen Anliegen des Abkommens auch durch eine Stärkung der parlamentarischen Dimension innerhalb des EWR manifestieren sollten. Dass diese gemeinsamen Meetings mit EU-Parlamentariern sehr wertvoll sind, hat sich also fast auf den Tag 20 Jahre später in Island bestätigt.

Der Landtag wurde neu gewählt, eine neue liechtensteinische EWR/EFTA-Delegation übernimmt die Ehre und Würde, unser Land in dieser Delegation zu vertreten. Ich wünsche der neuen Delegation natürlich sehr viel Glück und gutes Gelingen. Ich wünsche ihr die genau gleich tolle Zusammenarbeit wie ich sie mit meiner Delegation erfahren durfte. Nach nur vierjähriger Tätigkeit entstehen Eindrücke, Begegnungen und Freundschaften, welche auch in 20 Jahren noch von Bedeutung sind.

Nicht unterlassen möchte ich es, für die organisatorische und inhaltliche Unterstützung unserer Delegation, dem Parlamentsdienst, den Botschaftern in Genf, Bern, Brüssel und Vaduz, der Stabsstelle EWR und anderen Stellen der Landesverwaltung einen herzlichen Dank auszusprechen. Auch dem EFTA-Sekretariat in Brüssel gebührt Anerkennung für die Hilfe und die zuvorkommende Zusammenarbeit. Einen besonderen Dank spreche ich meinem EWR/EFTA-Delegationskollegen Albert Frick und der EWR/EFTA-Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die immer sehr kollegiale und angenehme Mitarbeit in dieser Delegation aus.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2012 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Harry Quaderer

Schaan, im Februar 2013